

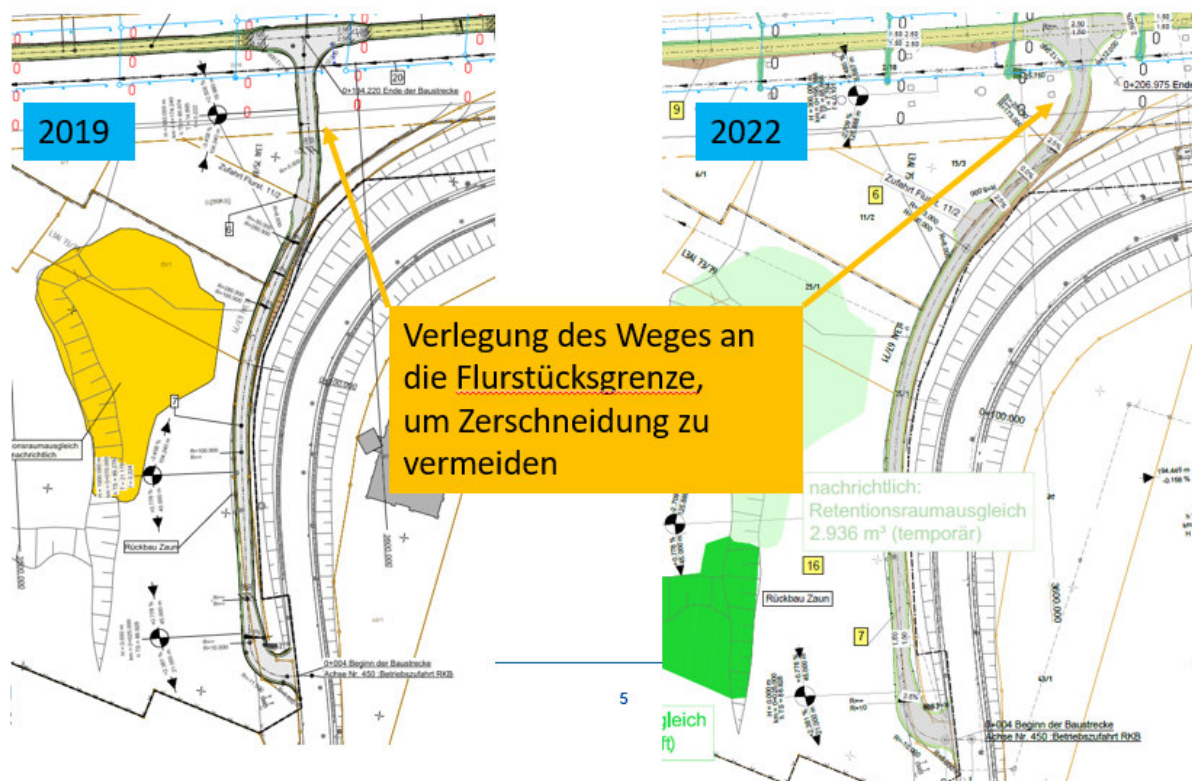
VORBEMERKUNGEN

Die Planfeststellung für das Projekt „Ersatzneubau Vorlandbrücke Hochheim“ wurde im Juli 2019 beim Regierungspräsidium Darmstadt eingeleitet. Zu den ausgelegten Unterlagen gab es Stellungnahmen, die erhebliche Nacharbeiten nach sich zogen. Durch den hierdurch entstandenen Zeitverzug war es nach Abstimmung mit der Planfeststellungsbehörde erforderlich, auch andere Fachbeiträge zu aktualisieren.

Folgende Änderungen sind in die nunmehr erstellten Unterlagen eingearbeitet worden:

1. Verlegung des Wirtschaftsweges parallel der Neckarstraße

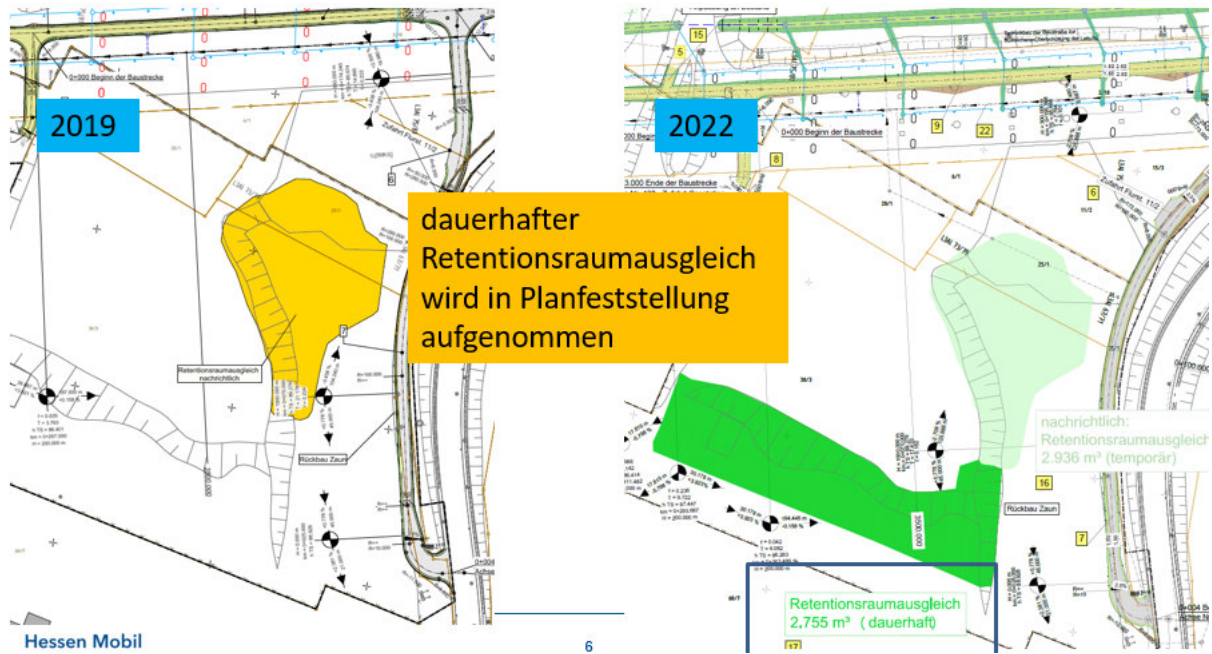
Aufgrund einer Stellungnahme der HLG wurde der Wirtschaftsweg im Bereich der Anbindung unterhalb der Vorlandbrücke verlegt.



Auszug aus Unterlage 5.2-1 Lageplan unterhalb der A671

2. Retentionsraumausgleich

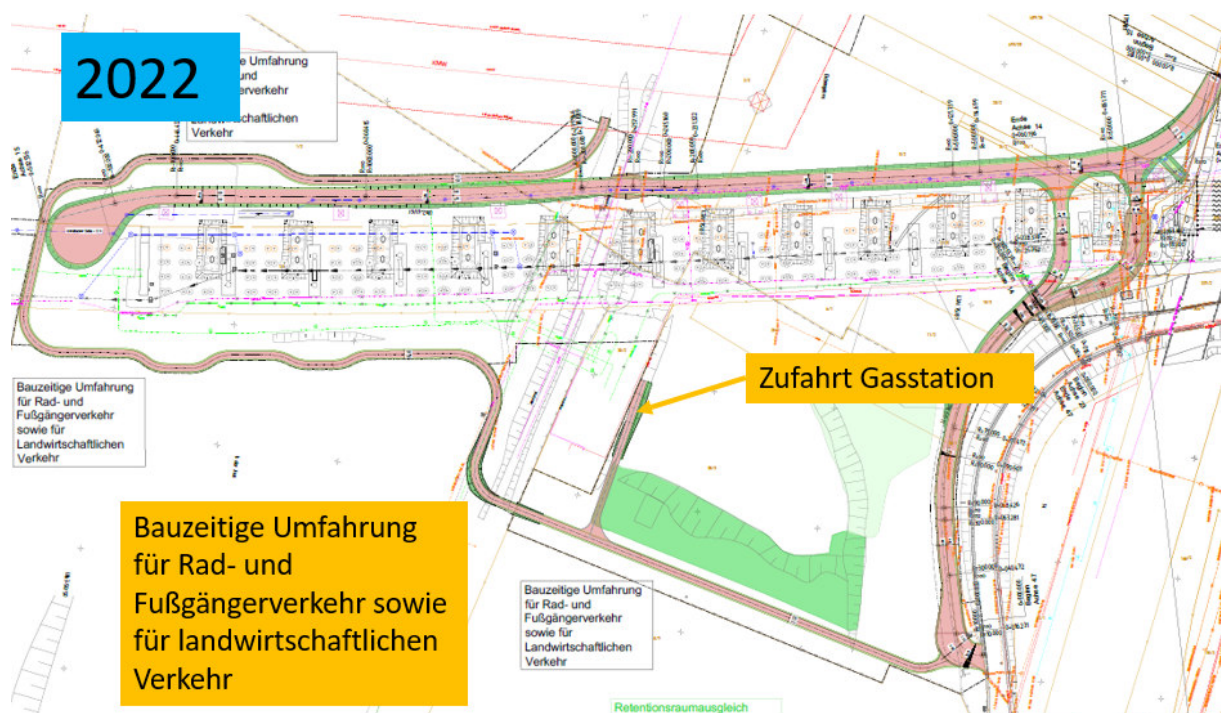
Im Zuge des Baus der Notunterstützung der Vorlandbrücke im Jahre 2020 wurde bereits ein erster Retentionsraumausgleich geschaffen. Für den Ersatzneubau der Vorlandbrücke Hochheim selbst wird weiterer Retentionsraumausgleich notwendig, der nun in die Planfeststellung aufgenommen wird.



Auszug aus Unterlage 5.2-1 Lageplan unterhalb der A671

3. Bauzeitige Umfahrung der Baustelle für Rad- und Fußgängerverkehr sowie landwirtschaftlicher Verkehr inkl. bauzeitige Zufahrt zur Gasstation

Aufgrund der Stellungnahme der Stadt Hochheim wurde die Baulogistikplanung um eine Umfahrung für den Rad- und Fußgängerverkehr sowie für den landwirtschaftlichen Verkehr ergänzt. Hierdurch musste die bauzeitige Anbindung an die Gasstation verlegt werden, um die geforderte, ständige Erreichbarkeit gewährleisten zu können.



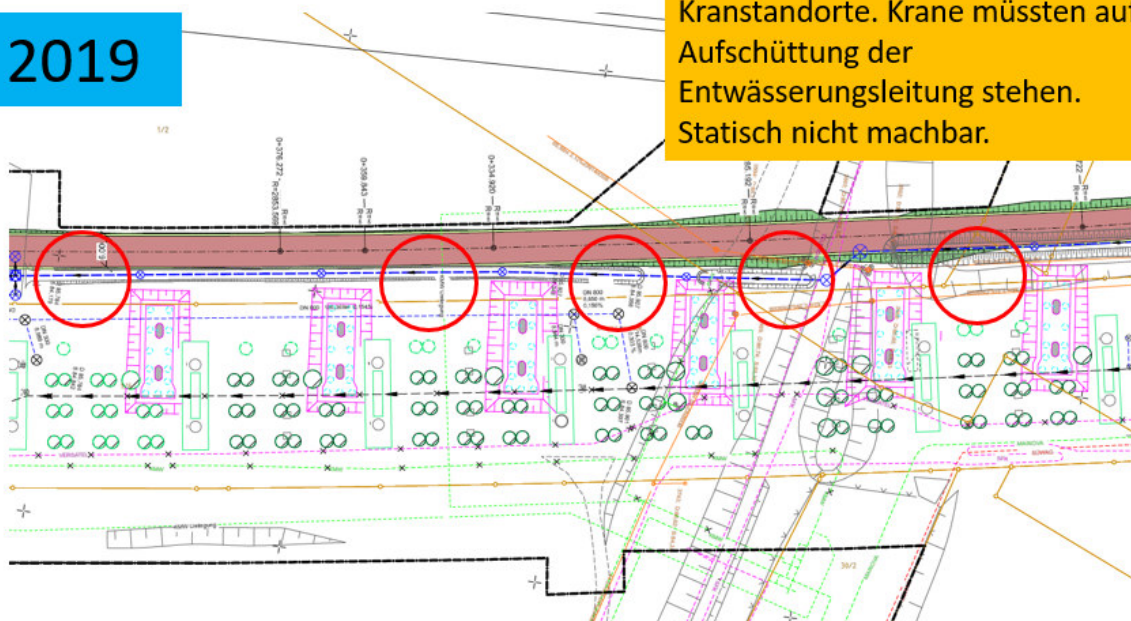
Auszug aus Unterlage 16.2-1 Baustraße West 1. Planänderung

4. Kranstandorte Baulogistik West, Verlegung des Entwässerungskanals der A 671

Aufgrund einer Stellungnahme von Open Grid Europe (s. auch Punkt 6) wurde deutlich, dass die bauzeitig nötigen Kranstandorte in den Planungen der Umverlegung des Entwässerungskanals nicht berücksichtigt wurden: Parallel der Vorlandbrücke verläuft der geplante Entwässerungskanal der A 671, der aufgrund der topographischen Gegebenheiten eine frostsichere Aufschüttung erhalten muss, der Kanal muss bereits vor Baubeginn des Ersatzneubaus verlegt sein. Das Aufstellen der Krane auf dieser Aufschüttung ist statisch nicht vertretbar, sodass die neue Lage des Kanals in westliche Richtung verschoben werden musste. Eine Verschiebung der Kranstandorte nach Westen war aufgrund der in unmittelbarer Nähe verlaufenden Hochspannungsleitung nicht möglich.

▪ Kranstandorte Baulogistik West, Kanalleitungen

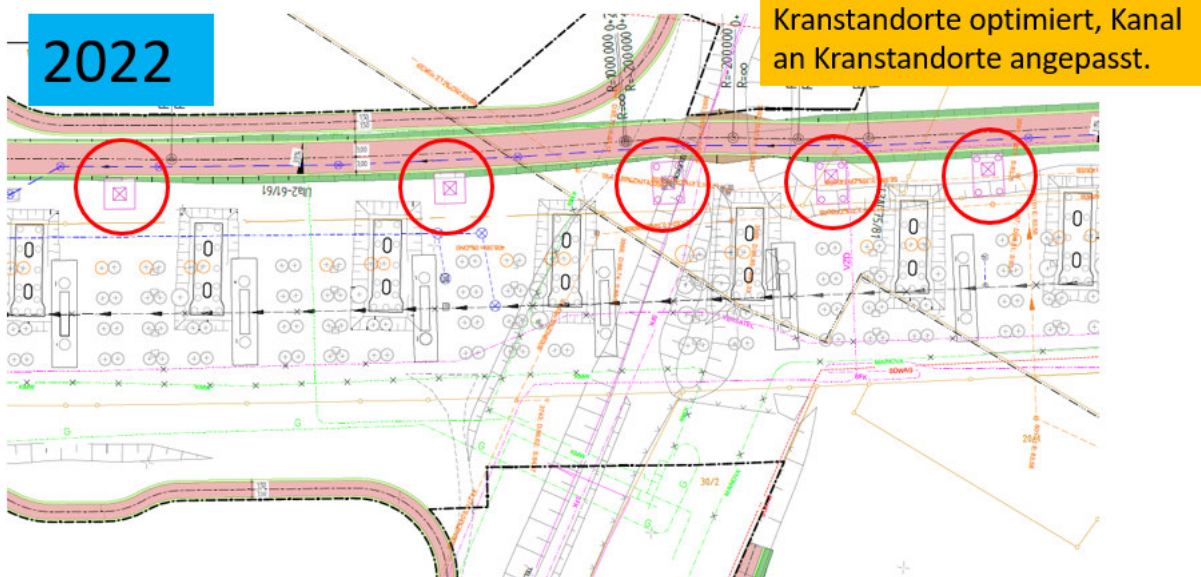
2019



Auszug aus Unterlage 16.2-1 Baustraße Bauphase 1

▪ Kranstandorte Baulogistik West, Kanalleitungen

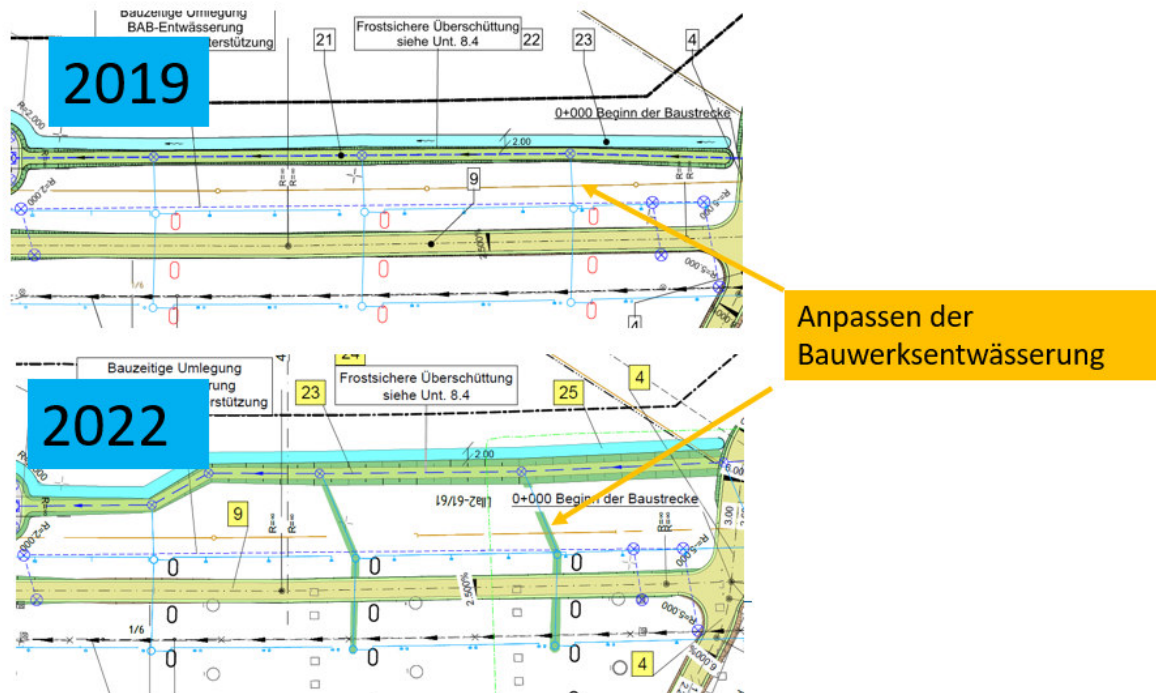
2022



Auszug aus Unterlage 16.2-1 Baustraße West 1. Planänderung

5. Kranstandorte Baulogistik West, Bauwerksentwässerung

Die Entwässerung der Vorlandbrücke wurde in Zuge der Kanalverlegung (s. Punkt 4) nochmals geprüft und angepasst. Auch hier sind Überschüttungen zum Erreichen der Frostsicherheit notwendig. Insofern mussten auch die Gradienten der unterhalb des Bauwerks verlaufenden Wirtschaftswege angepasst werden.



Auszug aus Unterlage 5.2-1 Lageplan unterhalb der A671

6. Kranstandorte Baulogistik Ost, Gasleitung

Aufgrund einer Stellungnahme von Open Grid Europe wurde deutlich, dass die bauzeitig nötigen Kranstandorte in den Planungen der Baulogistik nicht berücksichtigt wurden. In der hier vorliegenden Planung wurden die Kranstandorte eingefügt. Es war zu berücksichtigen, dass die Gasleitung nicht durch die Krane belastet wird.

Die oben aufgelisteten Änderungen hatten zur Folge, dass annähernd die kompletten Planunterlagen sowie Fachbeiträge angepasst werden mussten.

Durch die Anpassung der Baulogistikplanung sowie der Kanalplanung (Punkte 3, 4, 6, 7) wird die vorübergehende Inanspruchnahme von Grundstücken im Vergleich zur Planung von 2019 erheblich erhöht. Die Unterlagen zu den Landespflegerischen Maßnahmen (Unterlagen 9 + U19) sowie die Grunderwerbsunterlagen (Unterlage 10) mussten entsprechend angepasst werden. Weiterhin erhöht sich der Bedarf an Retentionsraum, der ausgeglichen werden muss.

Durch die Anpassung des Verkehrsgutachtens auf Prognosehorizont 2035 (U22) war ebenfalls eine Anpassung der Immissionstechnischen Untersuchungen (Unterlage 17) notwendig.

Die Wassertechnischen Untersuchungen (Unterlage 18) mussten aufgrund der Verlegung des Kanals und der Einleitstelle angepasst werden. Der Fachbeitrag WRRL wurde grundlegend überarbeitet.